

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

## Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Rentamt zu Tharandt.

„Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 1 Pf. monatlich. / Die Abnehmer erhalten das Blatt gratis. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und in den übrigen Spalten zu 5 Pf. pro Zeile berechnet. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und in den übrigen Spalten zu 5 Pf. pro Zeile berechnet. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und in den übrigen Spalten zu 5 Pf. pro Zeile berechnet.

Interessante Dts. für die 6-gelaperte Karyokelle oder deren Raum. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und in den übrigen Spalten zu 5 Pf. pro Zeile berechnet. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und in den übrigen Spalten zu 5 Pf. pro Zeile berechnet.

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das  
sowie für das Forst-

Nr. 269 | Freitag den 21. November 1919 | 78. Jahrg.

### Ämtlicher Teil.

## Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Weissen Land.

In der Woche vom 16. bis 22. November 1919 werden im Bezirke des Kommunalverbandes Weissen Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf Nährmittelskarte, Reihe II, Abschnitt I grüne und rosae Karte (Kinder und alte Leute)

1/2 Pfund Sago, Pfundpreis Mk. 1.30

blaue Karte (Personen von 4 bis 65 Jahren)

1/2 Pfund Hülsenfrüchte, Pfundpreis Mk. 1.30

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren mit ihren Handelsstellen verständigt in Verbindung zu setzen.

Weissen, am 17. November 1919.

Reg. Nr. 5321 d II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie von Kleinschönberg nach dem Steinbrüche Prinzsmühle liegt bei den Postämtern Wilsdruff und Weissen-L. 24 vom 20. ab 4 Wochen aus.

Dresden-L., am 15. November 1919.

100 Ober-Postdirektion.

**Feintalgverkauf.** Sonnabend den 22. November je 20 Gramm auf gelbe Lebensmittelskarte Nr. 2811—2950 Lange, Nr. 2951—3090 bei Neubert, Nr. 3091—3230 bei Schirmer. Wilsdruff, am 19. Nov. 1919. 211 Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

**Kleine Zeitung für eilige Leser.**  
Über die Rückgabe des Eigentums der aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen ist mit der französischen Regierung eine Einigung erzielt worden.  
Alle noch in Indien befindlichen deutschen Kriegs- und Wundverwundeten werden Anfang Dezember mit dem Dampfer „Kaiserin“ zurückbefördert.  
Nach dem bisherigen Ergebnis haben die Wahlen in Frankreich einen Sieg Clemenceaus und eine völlige Niederlage der Sozialisten gebracht.  
Die Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung sind auf den 21. Dezember ausgeschrieben worden; die Nationalversammlung soll am 8. Januar zusammentreten.

## Hindenburg und Ludendorff vor dem Ausschuss.

Berlin, 18. November.  
Von unserem bei den Verhandlungen anwesenden Mitarbeiter wird uns geschrieben:  
Wenn Parlamentarier und Presseleute beisammen sind, pflegt es, so lange die Sitzung noch nicht feierlich ist, immer recht geräuschvoll zuzugehen. Denn die Parlamentarier sind nicht gewöhnt, auf das Wort zu verzichten, auch wenn sie nicht an der Reihe sind, und die Journalisten nehmen für sich gern das Vorrecht in Anspruch, die Sprache ebenso frei schwingen zu dürfen wie die Feder. Heute herrschte lautlose Stille in dem großen Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes. Die Vorlesung eines großen Ereignisses lagerte über dem Raume. Schönersohns leiser Flüsterer wurde hier und da kurze Rede und Gegenrede gewechselt, und alle Blicke hingen an der Tür, durch die mit gewohnter Pünktlichkeit der Generalfeldmarschall den Saal betreten sollte. In feierlichem Schweigen erhob sich die ganze Versammlung, als Hindenburg mit Ludendorff und Dr. Helfferich erschienen, und manches bellommene Herz mochte erleichtert aufatmen, als diese erste Begegnung des greisen Heeresführers mit dem Ausschuss und seinen Vorsitzenden einigermassen glatt und glimpflich verlief. Hindenburg und Ludendorff nahmen am Segenstisch Platz, einer neben dem andern, so wie sie jahrelang auch im Felde Mann bei Mann ihres schweren Amtes gewaltet haben. Und es zeigt sich bald, dass auch an dieser Stelle nach wohlüberlegtem Plan einträglich und geschlossen vorzugehen beabsichtigt ist.  
Unter den gleichen Voraussetzungen und Vorbehalten, wie Helfferich sie angegeben, erklären sie sich zur Aufgabe bereit, und ihre Antwort auf die sechs Fragen, die der Ausschuss ihnen übermittelt hat, liegt gemeinsam ausgearbeitet, in schriftlicher Fixierung vor ihnen. Herr Gothein, der Vorsitzende, legt offenbar Wert darauf, zu betonen, dass auch Ludendorff und Hindenburg hier den gleichen Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit unterworfen seien wie alle übrigen Zeugen, doch überwindet die natürliche Selbstsicherheit des Feldmarschalls ungefährdet die wiederholten Unterbrechungen, mit denen er in seiner Aussage aufgehalten wird. Weniger glücklich schneidet Dr. Diederich Schäfer, einer der Sachverständigen ab,

der den Versuch macht, für die Erörterung einer Frage Raum zu gewinnen, auf die Hindenburg Wert zu legen scheint. Er wird mit einer Rüge bedacht und nachdrücklich darauf hingewiesen, dass es ihm frei stehe, sein Amt als Sachverständiger niederzulegen, wenn ihm der Gang der Verhandlungen nicht zuzugewandt sei. Allgemeinere Wortführer wird, wie zu erwarten war, General Ludendorff, der mit gewohnter Schärfe die Sache der Obersten Seeresleitung vertritt.  
Konfliktlust kommt erst wieder auf, als Herr Gothein auf eine Aussage des Grafen Bernstorff hinweist und dadurch Ludendorffs Aufmerksamkeit dem ehemaligen Vorkämpfer in Washington zuwendet. Mit unverkennbarer Schärfe im Ton, mit immer leidenschaftlicher werdender Erregung geht Ludendorff zum Angriff über. Allerdings habe er allen Anlaß gehabt, die Tätigkeit dieses Mannes in Washington ohne jede Sympathie zu begleiten, allerdings fühle er die Verpflichtung, den Vorwurf, dass die Oberste Seeresleitung ein Doppelspiel getrieben habe, mit allerbesten Entzückung zurückzuweisen. Innerliche Empörung blickt aus seinen Augen, wiederholt schlägt er mit der Faust auf den Tisch und verlangt die Vernehmung aller seiner heroerregenden Mitarbeiter, zum Beweis dafür, dass die Oberste Seeresleitung niemals an ein Doppelspiel gedacht hat, daß sie stets mit dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Ministerium zusammen gearbeitet habe. Hier handle es sich um seine persönliche Ehre, und er denke gar nicht daran, sie sich von dem deutschen Volke rauben zu lassen. Herr Gothein sucht einzugreifen, abzulenken, zu mildern, aber Ludendorff bleibt dabei, daß er allein darüber zu befinden habe, ob seine persönliche Ehre angefaßt sei oder nicht. Ausdrücklich stimmt der Generalfeldmarschall in nicht minder scharf gewählten Worten diesem Verhalten zu, und jedermann im Saale hat das Gefühl, daß die Verhandlung hier an einen Punkt gelangt sei, der unmittelbar zu einer überaus kritischen Wendung hinführen müsse. Aber die Mittagszeit ist schon weit vorgeschritten. Herr Gothein will Pause machen und um 1/2 Uhr fortfahren. Doch die Zeugen erklären sich außerstande, heute noch weiter zu verhandeln, und schließlich muß der Ausschuss sich auf unbestimmte Zeit vertagen — mitten in der Vernehmung dieser beiden Hauptzeugen, die offenbar noch sehr viel Wichtiges auf dem Herzen haben. Während der Auschau sich zurückgezogen hat, legt General Ludendorff seiner Umgebung gegenüber seinen Kampf gegen Bernstorff in heftigen Worten fort; kein Zweifel, diese beiden Männer werden noch außerhalb des Untersuchungsausschusses mancherlei miteinander ins Reine zu bringen haben. Unter lauten Ovationen seiner Zuhörer verläßt Generalfeldmarschall v. Hindenburg das Reichstagsgebäude.

das er gegen die Annahmestätter eine Untersuchung eingeleitet und den Direktor Leonhard bereits seines Amtes enthoben habe. Weiter betonte Schönersohn: „Da auch gegen andere Direktoren ähnliche Vorwürfe erhoben worden sind, ist das Provinzialstudienkollegium angewiesen worden, sämtlich von allen Schuldirektoren und -rektoren Berichte einzufordern, wie weit Schüler und Schülerinnen an den Demonstrationen teilgenommen, und wie weit sie dabei nicht gehindert, sondern geradezu gefördert worden sind. Sollte sich herausstellen, daß noch weitere Schüler die Pflicht, die Schullern von solchen Demonstrationen fernzuhalten, verletzt haben, so werde ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen einschreiten.“

## Die französische Kammerwahlen.

Entscheidender Sieg Clemenceaus.  
Von den bisher bekannten 208 Wahlergebnissen erstreckten die Republikaner der Linken 54 (davon 30 neue), die Radikalen 28 (15), die Sozialistisch-Radikalen 85 (15), die sozialistischen Republikaner 9 (3), die unifizierten Sozialisten 15 (3), die Progressiven 31 (18), die Action liberale 25 (20), die Konservativen 14 (9). Die Radikalen gewinnen 13 und verlieren 6, die Sozialistisch-Radikalen gewinnen 4 und verlieren 38, die sozialistischen Republikaner gewinnen 8 und verlieren 6, die unifizierten Sozialisten gewinnen 3 und verlieren 19. Die Progressiven gewinnen 17, ebenso gewinnt die Action liberale 17, die Konservativen gewinnen 5 und verlieren 4. Unterlegen sind u. a. Renaud, Paul Constant, Bedouce, Ellen Brevoit, Dalbiez, Franklin Bouillon und Angagneur. Regierungssprecher erklärt „Savos“ dazu: „Obwohl die Wahlergebnisse noch nicht vollständig bekannt sind, zeichnet sich das Gesamtbild bereits deutlich ab. Der Erfolg der Politik Clemenceaus steht fest und seine Anhänger gewinnen überall Boden, während die Oppositionsführer der radikalen Partei geslagen sind. Die Sozialisten verlieren viele Siege, besonders in den Nachbargebieten der Front, im Elsass, in Lothringen, wo sie wahrscheinlich alle Siege verlieren werden, in Paris, in Amiens und in der Gegend des Pas des Calais, wo sie gleichfalls alle Siege verlieren. Albert Thomas ist gewählt. Die einzige Gegend, wo sich die Sozialisten behaupten, ist das Departement du Nord, das vom Feind besetzt war und wo die gewählten Sozialisten bis zum Ende des Krieges sich durch Patriotismus ausgezeichnet haben, indem sie namentlich im Jahre 1917 es ablehnten, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen, bevor der deutsche Militarismus völlig niedergeworfen sei.“ — In ganz Elsass-Lothringen wurden die Kandidaten des nationalen Blocks gegen die der Sozialdemokraten gewählt.

## Die belgische Frage im Untersuchungsausschuss.

(13. Tag.) Berlin, 17. Nov.  
Die heutige Sitzung beginnt mit Erklärungen seitens des stellvertretenden Vorsitzenden Hrn. Gothein einerseits und der Zeugen Dr. Helfferich und v. Bethmann Hollweg andererseits.

## Daenisch gegen die Schülerdemonstrationen.

Disziplinarverfahren und Amtsenthebung.  
In der Preussischen Landesversammlung wandte sich Kultusminister Daenisch gegen die Unbilden, die die Schüler der Berliner höheren Lehranstalten mit Genehmigung der Anstaltsleiter dem Generalfeldmarschall von Hindenburg darzubringen haben. Der Minister erklärte,



Die Erklärung Gotheins

laute in ihrem fachen Teile wie folgt: Der Untersuchungsausschuss hat, wie dies auch in der Nationalversammlung selbst einmütig festgestellt worden ist, nur den Charakter eines parlamentarischen Enquete-Kommissionen. Ihm liegt kein Ermittlungsverfahren für den Staatsgerichtshof oder für ein Strafgericht ob. Sein Zweck ist nicht nur Material zu beschaffen, sondern die Aufklärung und Feststellung von Tatsachen, Ursachen und politischen Zusammenhängen. Dieser Zweck ist unbedingt verpflichtend für alle Mitglieder des Ausschusses, ebenso für alle Zeugen, die in ihren Aussagen sich aller Werturteile zu enthalten haben. Ich bitte also auf der einen Seite die Mitglieder des Ausschusses, auf der anderen Seite die Zeugen, sich diesem Befehl entsprechend zu verhalten.

Erklärung Dr. Helfferichs.

Dr. Helfferich bittet ums Wort zur Abgabe einer Erklärung, wird aber vom Vorsitzenden erwidert, dies schriftlich zu formulieren; der Ausschuss werde alsdann über ihn beraten und beschließen. Dr. Helfferich fügt sich diesem Wunsch, weil er, wie er betont, den Verhandlungen kein Hindernis entgegenstellen will, legt aber Wert auf sofortige Veröffentlichung seiner Erklärung durch die Presse, der der Wortlaut ausdrücklich gemacht wird. Die Erklärung enthält in der Einleitung die Mitteilung, daß der Staatssekretär gegen die Verkündung zu einer Selbstakte von 900 Kart Einmarsch erhebe. Weiter heißt es:

Eine Verweigerung des Zeugnisses liegt meinerseits überhaupt nicht vor. Ich war und bin nach wie vor bereit, vor dem Untersuchungsausschuss, nachdem dieser einmal einseitig worden ist, so allen den Gegenstand seiner Untersuchung bildenden Angelegenheiten die von mir gewünschten Befundungen, soweit ich zu wissen in der Lage bin, zu machen. Ich habe mich lediglich geweigert, dem Abg. Dr. Cohn Rede und Antwort zu geben. Da jede von mir vom Ausschuß gewünschte Befundung auf anderem Wege als durch Fragen des Abg. Dr. Cohn herbeigeführt werden kann, ist die meine Weigerung keine Zeugnissverweigerung. Andererseits vermag ich eine gefällige Berücksichtigung, dem Abg. Dr. Cohn, auch wenn dieser Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, Rede und Antwort zu geben, nicht anzuerkennen, und zwar weder auf Grund des Artikels 34 der Reichsverfassung noch auf Grund der nach diesem Artikel sinngemäß anzuwendenden Strafprozessordnung.

Helfferich geht dann auf den Fall des Dr. Cohn ein und verweist auf den vollstommen Widerspruch zwischen der Erklärung des Herrn Abg. Dr. Cohn vom 15. November 1919 und seiner eigenen Erklärung vom 24. Dezember 1918 in Sachen der ruffischen Selber. Weiter wendet sich Dr. Helfferich gegen die Anwendung der Vorschriften der Strafprozessordnung über den Zeugnisszwang. Dagegen erachtet er als sinngemäße Anwendung der Strafprozessordnung, daß den als Auskunftspersonen geladenen Mitgliedern der früheren kaiserlichen Regierung das Recht der Ablehnung von Mitgliedern dieses Ausschusses nach § 24 der Strafprozessordnung zu gebilligt wird.

Was Herr v. Bethmann sagt.

Herr v. Bethmann Holtweg erklärt, er hoffe, daß der Ausschuss aus allen seinen bisherigen Aussagen die Überzeugung gewonnen habe, daß er weit ab von jeder parteipolitischen Tendenz lediglich bestrebt sei, der Wahrheit bei Feststellung der Tatbestände zu dienen. Das Volk habe einen Anstoß darauf, zu wissen, wie die Dinge hergegangen sind, und er sei nicht gekommen, in irgend einem Punkt Deimlichkeitsströmerei zu treiben. Der Senge wendet sich gegen den Vorwurf, daß das Volk hinsichtlich der Friedensvermittlung Wilsons hinter sich gelassen worden sei. Ich mußte, so lautet der Senge, Bedenken tragen, ausdrücklich und amtlich die Parteiführer über unsere Schritte in Washington zu informieren, nicht um das Volk hinter sich zu führen, sondern um eine Friedensaktion Wilsons nicht von vornherein zu sabotieren, denn es lag auf der Hand, daß, wenn von unseren Schritten auch nur das geringste durchgesickert wäre, Wilson nicht mehr daran denken konnte, etwas für den Frieden zu tun. In einer vertraulichen Besprechung mit Führern der bürgerlichen Parteien am 11. Dezember 1916 kam die sehr ausgesprochene Abneigung der Mehrheit zum Ausdruck, den Frieden durch Wilsons Vermittlung zu erhalten. Die Sozialdemokratie, die auf anderem Boden stand, war doch nur eine Minderheitspartei, deren Zustimmung die Opposition der anderen Parteien nur verschärfen haben würde. Daß der U-Boot-Befehl vom 2. Januar ohne Kenntnis des Reichstags gefaßt wurde, folgte notwendig aus dem Charakter dieses Befehles als Entscheidung über eine geheimhaltende militärische Aktion. Es ist eine Legende, zu behaupten, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg den Krieg mit Amerika nach sich ziehen werde.

Es entspinnt sich eine Rede und Gegenerede zwischen dem Senge und dem Vorsitzenden Dr. Gothein, wobei dieser bemerkt, nicht allein die Sozialdemokratie, sondern auch die fortschrittliche Volkspartei sei Gegnerin des unbeschränkten U-Boot-Krieges gewesen. Herr v. Bethmann fährt aus, er glaube, das Gegenteil nicht behauptet zu haben. Er habe gefaßt.

eine kompakte Reichstagsmehrheit für den unbeschränkten U-Boot-Krieg

sei vorhanden gewesen, wenn der U-Boot-Krieg von der Obersten Versammlung für notwendig erachtet werde. Diese Mehrheit bestand aus der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen. Ich habe während des Krieges den Eindruck gehabt, daß innerhalb der Fortschrittspartei die einzelnen Mitglieder gerade in Bezug auf die U-Boot-Frage keine geschlossene Stellung genommen haben. Auf Sozialdemokratie und Fortschritt, das werde man zugeben, habe er damals seine Politik nicht stützen können. Abgesehen davon, daß es die Minderheit war, seien auch die Meinungen in der Fortschrittspartei nicht einheitlich gewesen.

Abg. Dr. Singheim: Es ist zweifellos richtig, daß damals eine Mehrheit für den unbeschränkten U-Boot-Krieg vorhanden war, und daß entsehrliche Gegner dieser Meinung Erzellen Bethmann und Helfferich waren. Mühte da nicht eine Konsequenz gezogen werden, wenn diese Herren den unbeschränkten U-Boot-Krieg als eine Gefahr für das ganze Volk ansahen, dahin, daß nach der Grundbesitz der parlamentarischen Regierung die Haltung der Mehrheit beeinflusst werden müßte. Herr v. Bethmann bestreitet diese Folgerung, selbst wenn wir damals kein parlamentarisch geregelter Staat gewesen wären. Die Haltung der Mehrheitsparteien, die Erfahrung habe er machen müssen, hätte einen bestimmten Einfluss auf die wichtigsten Objekte der Kriegsentwicklung ausgeübt.

Sobald widerspricht Bethmann Darstellung.

Reichsminister Dr. David: Der Reichskanzler vertritt den Standpunkt, der Reichstag sei ausreichend unterrichtet gewesen über die Konsequenzen des rücksichtslosen U-Boot-Krieges hinsichtlich Amerikas. Ich kann diesen Standpunkt nicht teilen; ich bin der Überzeugung, daß, wenn der Reichstag die Lage so, wie sie sich aus dem Doppelwechsel zwischen Washington und Berlin ergab, wirklich gefaßt hätte, er kein ganzes Schwergewicht in die Waagschale gelegt hätte, um den verhängnisvollen Beschluß rückgängig zu machen. Ich ziehe die Folgerung einmal daraus, daß die entscheidenden Erklärungen unseres Volkshalters, der Krieg mit Amerika sei unvermeidlich, wenn der unbeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen werde, dem Reichstage nicht mitgeteilt worden sind.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung erwähnt Abg. Dr. Spahn eine seiden ersehene Darstellung des württembergischen Ministerpräsidenten über die Vorgänge in der entscheidenden Sitzung des Bundesratsausschusses, der Dr. Helfferich widerspricht.

Die Verantwortlichkeit der Reichstagsmehrheit.

Dr. Helfferich: Nach der Ablehnung unseres Friedensangebots und nach dem Scheitern der Friedensaktion des Präsidenten Wilson war der U-Boot-Krieg auch nach meiner Ansicht zu einer unentzerrbaren Notwendigkeit geworden. Er wurde gemacht werden mit und ohne Parlamentsmehrheit, und er ist gemacht worden mit Parlamentsmehrheit. Daran kann nach der Erklärung des Zentrumsführers Spahn kein Zweifel bestehen. Es fragt sich höchstens, ob diese Stellungnahme des Parlamentes herbeigeführt worden ist durch eine falsche oder unvollständige Information. Aber auch davon kann gar keine Rede sein. Nicht nur einmal, sondern ein dundesmal ist von mir in der bestimmtesten Form der Überzeugung Ausdruck gegeben worden, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg uns den Krieg mit Amerika bringen würde. Ich habe das viel stärker betont, als es meiner Überzeugung entsprach, denn es sollte sich jeder Reichstagsabgeordnete über die Tragweite klar sein. Der Reichstag ist nicht hinter sich geführt worden. Abg. Dr. Singheim bestätigt dem Senge, daß er damals dem Reichstag die Gefahren klar geschildert habe. Aber, sagt Dr. Singheim weiter, was es nicht angebracht, die Verantwortung dieser Reichstagsmehrheit aufs äußerste zu steigern, indem Sie sagten: Ich werde niemals die Verantwortung für die Entscheidung dieser Reichstagsmehrheit tragen? Dr. Helfferich antwortet, darauf werde er später antworten und kommt ausführlich auf die Hinaushebung der angeblichen Friedenspläne durch Amerika zurück. Dr. David bestreitet wiederholt die genügende Aufklärung des Reichstages, namentlich in Bezug auf das alarmierende Telegramm Bernstorffs. Gätte dieses Telegramm vorgelesen, wäre die Situation ganz anders angesehen worden.

H. v. Dr. Singheim möchte wissen, ob der unbeschränkte U-Boot-Krieg das einzige Mittel gewesen. Deutschland zu retten oder ob es eine Möglichkeit gegeben, andere Wege zu gehen. Er denke einmal an den Vermittlungsversuch einer neutralen Macht und jodann an eine bestimmte Erklärung zur

belgischen Frage.

Ein deutscher Militärattaché bei einer bedeutenden und großen Macht habe seinerzeit berichtet, wie kämen um die belgische Frage nicht herum. Darüber müßte man sich vollkommen klar sein, daß die Besitzergreifung von Belgien aber auch nur von einem kleinen Stück Belgiens weder heute, noch jemals zu erreichen sei. Wer Belgien behalten wolle, müsse der Welt den Frieden diktiert können. Darüber sei ein Faktieren mit der Welt von heute nicht möglich. — Bei einer solchen Sachlage, bemerkt Singheim, bleibe die Kernfrage, warum das letzte Mittel des U-Boot-Krieges eingesetzt und warum nicht

durch eine Erklärung über Belgien eine letzte Friedenskarte ausgepielt wurde. Nur dadurch hätten wir bei den Gegnern den Willen zur Verhandlung schaffen können, auf den allein es ankomme.

Herr v. Bethmann erwidert darauf, durch den Vorredner werde das Problem angeknüpft, ob es von Anfang an nicht richtiger gewesen wäre, die ganz bestimmte Erklärung einer Wiederherstellung Belgiens abzugeben. Eine solche Erklärung in dem Augenblick, wo die Entente uns Friedensbedingungen stellte, die eine Beräumung Deutschlands bedeuteten, wäre politisch unglücklich gewesen, sagt der ehemalige Kanzler und fährt fort: Deshalb habe ich es damals nicht getan. Später ist ein Augenblick gekommen, wo ich im Begriffe war, eine solche Erklärung öffentlich abzugeben, weil ich diesen Augenblick psychologisch für richtiger hielt. Aber darüber werde ich mich später äußern. Im Dezember 1916 oder Januar 1917 war dieser Augenblick dafür nicht geeignet. — Dr. Helfferich schlägt sich dem an. Wir hätten Wilson unter der Hand mitgeteilt, daß wir Belgien nicht annehmen würden. — Abg. Dr. Singheim: Wir an anderer Ansicht. Wiederholt wurde amtlich erklärt, daß wir Garantien haben müßten, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in die Hand bekommen müßten. Unter diesen Umständen konnte unsere Erklärung nach Washington keine beweisende Wirkung haben.

Herr v. Bethmann betont, er habe niemals erklärt, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten müßten.

Dieser Satz stammt von Dr. Spahn, und nur aus tatsächlichen Gründen habe ich es für zweckmäßiger gehalten, nicht ausdrücklich zu widersprechen. Nun sagt Dr. Singheim, daß, wenn wir damals für die volle Unabhängigkeit Belgiens eingetreten wären, wir bei der Entente vielleicht die Verhandlungsbereitschaft ersetzt hätten. Das ist Dr. Singheims Überzeugung, meine Überzeugung war anders.

Die Mühlhäuser Rede des Kaisers.

Am Laufe der anschließenden Bemerkungen wird von Dr. Helfferich erwähnt, daß der ganze Reichstag, mit Ausnahme der Unabhängigen, habe eine Erklärung auf volle Wiederherstellung Belgiens abgelehnt. — Dr. David: Auch die Sozialdemokratie war 1917 für volle Wiederherstellung Belgiens und hatte in Stockholm in dieser Hinsicht gewinkt. — Vorsitzender Gothein erinnert an die Rede des Kaisers in Mühlhausen vom 18. Dezember. — Dr. Helfferich: Unser Friedensangebot ist und bleibt eine Rubrikatsatz des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes. — Abg. Dr. Singheim: Am 12. Dezember war das Friedensangebot abgegangen. Am folgenden Tage trat der Kaiser in Mühlhausen den Siegfrieden ein. Durch eine Indifferenz wurde die Rede durch W. L. B. ins Ausland verbreitet, und auf die Wirkung dieser Rede im Ausland ist zweifellos die Ablehnung unseres Angebotes mit zurückzuführen. — Rosal Müller: Es hat sich kein Anhalt dafür finden lassen, daß vom Kaiserwärtigen Amt eine Mitteilung über die Rede an W. L. B. abgegangen ist. Das Original ist bei Weisung des W. L. B. durch die Spartafraktion abhanden gekommen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Für und wider Wilson.

Dr. Helfferich wiederholt seine Charakterisierung der Wilsonschen Politik. Graf Bernstorff gibt die bestehende Unfreundlichkeit in Amerika gegen Deutschland an. Es habe eben nur eine Möglichkeit gegeben, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuholen, nämlich ihre Vermittlung anzunehmen. Dann hätte Wilson den Krieg gar nicht eröffnen können. Professor Hann: Wilsons Senatsoffizial hatte nur den Zweck, einen Druck auf die Entente auszuüben. Die amerikanische Öffentlichkeit war damals deutschfeindlich geworden wegen der verfeinerten Lebenshaltung. Wilson hätte der Entente nur den Kredit zu sperren brauchen und war dazu auch bereit. Amerikanische Bankiers hatten schon mit deutschen Banken Fühlung genommen. v. Bethmann Holtweg: Ich will mich in den Kampf um die Seele Wilsons nicht einmischen. Sätten wir ihn als Sachwalter angenommen, so wären wir völlig in seiner Hand gewesen. Ruhen wir uns nicht gewisse Sicherheiten verschaffen gegen unmögliche Friedensbedingungen? Wilson hat unter Telegramm vom 30. Januar mitachtet, wonach wir den U-Boot-Krieg sofort einstellen würden, wenn wir durch Wilson brauchbare Sicherungen für einen annehmbaren Frieden erhielten. Wir sollten uns doch alle hätte. Wilsons Politik ist rechtfertigen. Vorsitzender Gothein: Von der Absicht einer Rechtifizierung der Politik Wilsons ist mir hier bisher nicht zum Bewußtsein gekommen. Nunmehr wird die Verhandlung auf Nachmittag verlegt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abkommen über Elsaß-Lothringen. Die französische Regierung hat sich auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern stattanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobilitär in Elsaß-Lothringen freizugeben. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verpflichtet, der

durch Energie der bewußten Berühmungskunde gegenüber den Lebensabend seiner Eltern sorglos machen kann, nun —

„So meinen Sie, ich solle die lektwillige Verfügung in diesem Buche zu seinen Gunsten ändern?“

„Sie schreie einen Augenblick und hob die schönen, schimmernden Augen voll unaussprechlicher Dankbarkeit zu ihm empor. „Nun denn, ja!“ — antwortete sie fest — „wenn es nicht ein Unrecht meinerseits ist, Sie in dieser unerhörten Großmut zu bestärken.“

„Er lachte und stieß das Gartentürchen auf, vor welchem sie eben ankamen. „So darf ich Sie also nicht auffordern, nunmehr Ihren eigenen Grund und Boden zu betreten, wie ich vorhatte. Sie haben sich Ihres Rechtes begeben.“

„Mit tausend Freuden!“ rief sie eintretend und wandte sich nach ihm zurück. „Ich brauche nichts — und das weiß ich.“ — sie faltete die Hände inbrünstig über der Brust — „wohin ich auch gehen mag, hier wird mir die Heimat bleiben hierher darf ich kommen, wenn ich auch einmal das süße Gefühl des „Bauhauseins“ kosten will!“

„Ich sollte meinen, diese Berechtigung hätten Sie sich schwer genug errungen! — Aber wissen Sie denn nicht, daß der echte, rechte Mann und Hausherr es nicht duldet, wenn sein Weib ein zweites Heim neben dem seinen geltend macht?“

„Sie trat von ihm weg mit einem bösen hinteren Ausdruck in ihrem erblahten Gesicht. „Das sind Verhältnisse, die weitab von meinem Lebensweg liegen.“ — entgegnete sie finstern. „Mir wird nie ein Mann vorzuschreiben haben, was ich tun oder lassen soll!“ — „Glauben Sie, ich könnte auch nur einen Wispel Brot von dem Tische eines Mannes essen, der in seinem Innern fortwährend mit dem Verdacht kämpft, nicht die Liebe, sondern das Verlangen nach einer begrenzten äußeren Lebensstellung habe mich in seine Arme getrieben? — Nein, dagegen ist das ehrentreue Brot der Erzieherin ein süßes, ein hochwertiges! Und ich werde es essen, solange mir Leben und Schaffenkraft verbleiben!“

(Fortsetzung folgt.)

Amtmanns Magd.

Roman von E. Marlitt.

„Was denken Sie? Ich sollte meine Berle verkaufen, die mir Glückspilz unverdientermaßen in den Schoß gefallen ist? ... Nein, eher gäbe ich die Werke Marlus unter den Hammer! ... Die Sache ist die, daß das Bordweil schon seit länger als einem Jahre nicht mehr zum Gut gehört!“

„Und Sie hätten wirklich kein Verfügungsrecht mehr darüber? Und die unglücklichen alten Leute sollen abermals um das Dach über ihrem Haupte kämpfen und sorgen müssen?“ rief sie in halber Verzweiflung und ließ wie niedergeschmettert den Kopf auf die Brust sinken. „Wie grausam! Gerade jetzt diese Enthüllung, wo Sie der armen Kranken den Hof zum Neubau auf das Bett gelegt haben! ... Durften Sie das ohne Bewußtsein des jetzigen Eigentümers?“

„Ich habe die Genehmigung der Besitzerin vorausgesetzt.“

„Der Besitzerin? — Einer Dame gehört das Bordweil?“ Sie sah erstaunt, aber auch ermutigt auf. „Und Sie sagten vorhin selbst, daß Otto Franz im Hirschwinkel bleiben könne — da wird die neue Besitzerin jedenfalls auch verpachten?“

Er zog die Schultern hoch und sah ihr lächelnd in das angstvoll gespannte Gesicht. „Das weiß ich nicht — da müssen Sie Fräulein Agnes fragen.“

Sie stand wie versteinert und ließ es willenlos, wie geistesabwesend, geschehen, daß er ihre beiden Hände ergriff und einen Augenblick festhielt. Er erzählte ihr, wie er durch Zufall den letzten Willen seiner Tante gefunden habe, und zog schließlich das Notizbuch der verstorbenen Frau Oberforstmeisterin aus der Brusttasche, um den Beweis zu erbringen. Tränen der Rührung flossen über ihr Gesicht beim Ueberfliegen der Schriftzüge, aber sie nahm das dargebotene Buch nicht in die Hand, sie schob es vielmehr rasch von sich. „Das ist ja kein rechtskräftiges Testament, mein Herr!“ sagte sie, ihre tiefe Bewegung niederdrückend, fest und entschieden. „Niemand in der ganzen Welt würde daraufhin der in Aussicht genommenen Erbin auch nur den Schein eines Anspruchs zugeben.“

„Niemand?“ wiederholte er. „Ei, was hat Ihnen denn die arme Tante getan, daß Sie meinen, sie sei voller Spitzbuben? ... Möglich, daß es Leute genug gibt, denen der letzte Wille eines der Ihrigen nichts gilt, wenn nicht so und so viele Tintenflecke von fremder Hand drunter stehen — meintwegen mögen sie sich dabei sogar vollkommen auf dem sogenannten Rechtsboden befinden — aber so wie ich denke, ist das Anrufen des Gesetzes in einem solchen Falle eine richtige Veruntreuung. Nein, nein, schütteln Sie nur nicht den Kopf über mich — ich sage, den obersten, unfehlbaren Richter, das Gewissen, haben Sie doch für sich.“

Sie war tief erwidert und raschen Schrittes weiter gegangen, und er war an ihrer Seite geblieben. Die Gehölzhecke lag hinter ihnen, und der Borwergarten lag in Sicht.

„Angenehm war mir der Hund im Arbeitsbeutel meiner seligen Tante insofern nicht, als er mich mit der fatalen Amtmannsnachte in persönliche Berührung bringen mußte,“ fuhr er nach einem sekundenlangen Schweigen fort, und der lebenswürdige Humor, der sein Gesicht so verschönern konnte, brach förmlich leuchtend durch.

„Ich betäubte aber sündhafterweise mein Pflichtgefühl und machte mir es selber glaubhaft, daß ja auch mein Sachwalter die Sache ganz gut abwickeln könne, wenn ich den Hirschwinkel wieder im Rücken haben würde. Nun trat aber plötzlich auch ein Amtmannssohn in meinen Gesichtskreis, und dadurch wurde die Angelegenheit schwieriger. Ich sah mich gezwungen, die Verhältnisse auf dem Bordweil näher zu erforschen, wenn ich das Richtige tun wollte. Ich mußte mich fragen, weshalb die Erblasserin ein Mädchen als Vormünderin und Verfolgerin für die beiden Alten einsetzte, während sie die natürlichste Stütze einen Sohn, hatten.“

„Ich verstehe die Liebe, treue, alte Freundin vollkommen,“ entgegnete das an seiner Seite schreitende Mädchen bewegt. „Otto war stets gutmütig und nachgiebig bis zur Schwachheit. Seinem herrischen Vater gegenüber hatte er weder Mut noch Willen, genau wie seine arme Mutter. ... Aber nun, wo ihm das Leben so bittere Lehren gegeben hat, wo er weiß, wie weh der Hunger tut, und daß er nur durch Sparsamkeit,



transatlantischen Regierung 25 Millionen Frank transatlantischer Währung zur Entschädigung derjenigen Kriegsveteranen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Verweigerung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert, ausgewiesen oder zu einer anderen als einer Geldstrafe verurteilt worden sind.

† **Veltischer Überfall auf deutsche Soldaten.** Vor einigen Tagen überfiel eine lettische Bande von etwa dreißig Mann in der Nähe von Ruzau einen von Dorbiang nach Ruzau fahrenden Kleinbahnzug, in dem einige deutsche Arbeiter und reichsdeutsche Soldaten, sämtlich unbewaffnet, zum Abbau des in Ruzau befindlichen Sägewerkes fuhren. Die Überfallenen fanden im Dienste der deutschen Verwaltung, nicht in dem der Vermont-Armee. Fünf deutsche Soldaten wurden getötet, zwanzig gelangengenenommen. Ebenso geriet ein deutscher Eisenbahntrossenführer in Gefangenschaft. Von den einheimischen Arbeitern wurde einer getötet, einer schwer, drei leicht verletzt.

**Ertrag und Stand unserer Felder.**

Nach amtlichen Untersuchungen.

Die Aussichten für unsere Ernährung sind noch wie vor recht unzureichend. Die Trockenheit des Sommers hat dazu geführt, daß die Kartoffeln vielfach nicht genügend anzureifen. Vielfach wird auch berichtet, daß die Ähren zu klein geblieben sind. In manchen Bezirken hat man aus Sorge vor Felddiebstählen die Kartoffeln unzeitig aus der Erde geholt. Die starke Beanspruchung der Landwirtschaft für die Beschaffung von Brotgetreide, gefördert durch erhöhte Drosselprämien, hat die Kartoffelernte weiter verzögert, und nun ist nach der frühzeitigen großen Schneefall und der vorzeitigen Winter dazu gekommen. Nach den Ermittlungen des deutschen Landwirtschaftsministeriums muß leider als feststehend angenommen werden, daß die Erntemenge kleiner ist als in vorangegangenen Jahren, wenn auch die Größe der Kartoffeln, die bei trockenem Wetter geerntet werden konnten, sich über die des Vorjahres erhebt. Auf den Gütern im Osten und Norden sind die Kartoffeln heute noch nicht sämtlich geerntet, und in manchen Bezirken wird befürchtet, daß sie bereits unter den eingetretenen Nachfrösten gelitten haben. Unter 100 Berichterstellern gaben 74 die Haltbarkeit der Kartoffeln mit „gut“ an, 15 mit „mittel“ und 11 mit „schlecht“.

In Westen wird die geringe Kartoffelernte auf schlechtes Saatgut zurückgeführt. Aus Westfalen wird gemeldet, daß im nächsten Jahre die Kartoffelernte um ein volles Drittel zurückgehen dürfte, wenn die Kommunalverbände nicht gute Pflanzkartoffeln zu erschwinglichen Preisen heranzubringen könnten.

Die Futter- und Zuchtzweckzucht hat erst Mitte Oktober begonnen. Außer der Witterung haben auch die fehlenden Arbeitskräfte und die verminderte Arbeitsleistung die Ernte stark verzögert. Im Osten und Norden Deutschlands waren teilweise Mitte Oktober noch Hafer, Bohnen, Luzerne, Alee und Grummi nicht vollständig geerntet. Durch den frühzeitig eingetretenen Winter dürfte vieles verlorengegangen sein, was wir gerade zur jetzigen Zeit so nötig gebrauchen könnten.

Auch die Winterausaat des neuen Getreides hat durch die Verhältnisse sehr gelitten. Nur der vierte Teil der Gewässermänner konnte im Oktober melden, daß die Winterausaat in ihrem Bezirk beendet sei; drei Viertel warteten mit Rein. Die frühzeitig gelassen und aufzulaufenden Saaten werden im allgemeinen günstig beurteilt; 63 % der Berichtersteller schätzen den Stand der Saaten als „gut“, 21 % als „mittel“ und 16 % gerade als „schlecht“. So sind also die Aussichten für das nächste Jahr schon heute recht bedenklich.

Von anderer Seite wird noch auf die fehlenden Düngemittel hingewiesen. Dagegen wird betont, daß das Angebot von Gemäße reichlich ist, während an Düst, besonders in Norddeutschland, an vielen Stellen zu wenig vorhanden ist. Die Winterernte dieses Jahres wird besser beurteilt, als man zu Anfang dachte; die warmen Septemberverträge haben die Reife der Trauben beschleunigt und die Güte gesteigert. Die Viehzucht wird verichert, kommt langsam wieder empor. Die Zucht der Schweine macht gute Fortschritte. Der Ernährungszustand des Viehbestandes ist befriedigend, freilich die Milchproduktion der Großstädte leider noch äußerst schlecht.

**Welt- und Volkswirtschaft.**

**Der Stand der Mark.**

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief — angeboten und Geld — gekauft. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Franc (Fr.).

| Warenplätze  | 18. 11.  |          | 17. 11.  |          | 16. 11.  |          |
|--------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
|              | Geld     | Brief    | Geld     | Brief    | Geld     | Brief    |
| Amsterdam G. | 1698 1/2 | 1701 1/4 | 1698 1/2 | 1691 1/4 | 1598 1/2 | 1551 1/4 |
| Bombay Kr.   | 949 1/2  | 950 1/2  | 879 1/2  | 880 1/2  | 854 1/2  | 855 1/2  |
| London Kr.   | 1049 1/2 | 1050 1/2 | 969 1/2  | 979 1/2  | 944 1/2  | 945 1/2  |
| Paris Kr.    | 1009 1/2 | 1010 1/2 | 929 1/2  | 930 1/2  | 900 1/2  | 910 1/2  |
| Wien Kr.     | 524 1/2  | 525 1/2  | 775 1/2  | 776 1/2  | 731 1/2  | 732 1/2  |

Im Frieden kostet im Durchschnitt 100 holländische Gulden 100 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 100 Mark und 100 Franc rund 80 Mark von kleinen Kursveränderungen natürlich abgesehen.

**Neueste Meldungen.**

**Mißachtung der deutschen Arbeiter.**

Berlin. Durch die schweizerische Gesandtschaft in Washington ist hierher mitgeteilt worden, daß die amerikanische Arbeiterschaft schon Ende November eine Delegation nach Dresden zu lassen. Die Reichsregierung hat daher die bereits nach Gaiabura abgefahrene deutsche Delegation telegraphisch zurückgerufen.

**Der Rücktransport aus dem Baltikum.**

Berlin. Die Rückführung der Truppen deutscher Nationalität aus dem Baltikum ist durch General Oberst von Wittich eintraf, in die Wege geleitet worden. Der Bahntransport erfolgt zumeist über die Strecke Warschau und Böhmen.

**Letzte Drahtberichte.**

**Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.**

Berlin, 20. Nov. (tu.) Der schweizerische Nationalrat hat am 18. November den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beschlossen. Der Vertreter des Bundesrats hat die Erklärung ab, der Beitritt könne nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Neutralität der Schweiz

auch im Falle militärischer Maßnahmen vollkommen aufrecht erhalten bleibe.

**Abgeordneter Adolf Gröber †.**

Berlin, 20. Nov. (tu.) Der Abgeordnete Adolf Gröber ist gestern mittag im Reichstag einem Schlaganfall erlegen.

**Die Forderung einer Aenderung des jetzigen Wirtschaftssystems.**

Berlin, 20. Nov. (tu.) In einer umfangreichen Kundgebung fordert der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft eine radikale Aenderung des jetzigen Wirtschaftssystems. Die Kundgebung schließt mit der Drohung: Sollten die Forderungen nicht erfüllt werden, so muß die Vertretung der Landwirtschaft jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen ablehnen.

**Aus Stadt und Land.**

Wilsdruff, den 20. November 1919.

— **Protest des sächsischen Finanzministers gegen Erzbergers Tätigkeit in der Steuererhebung.** Reichsfinanzminister Erzberger hat die Einkommen-Kapitalertrags- und Landes-Steuer-Ordnung fertiggestellt und dem Reichsrat zugehen lassen. Die Finanzminister der Bundesstaaten sind von Erzberger für Donnerstag früh zur Beratung eingeladen. Gegen diese Art Erzbergers, so außerordentlich einschneidende Fragen im Eilzugtempo zu behandeln, hat der sächsische Finanzminister telegraphisch energisch Einspruch erhoben. Er weist darauf hin, daß es zunächst wegen des Bußtages und der Beschränkungen im Eisenbahnbetriebe technisch unmöglich ist, zur gegebenen Zeit in Berlin zu sein. Dann protestiert er scharfsten gegen die Schnelligkeit, mit der Erzberger diese außerordentlich einschneidenden Fragen behandeln zu können glaubt, ohne daß dem sächsischen Minister Gelegenheit gegeben worden ist, sich mit Sach und Interessententzügen darüber zu beraten. Darum lehnt der sächsische Finanzminister jede Verantwortung für die Beschlüsse ab, die etwa in dem Reichsrat über diese Vorlagen gefaßt werden sollten.

— **Zur Erinnerung an 1918/19.** Ueber dieses Thema sprach am Dienstagabend in einer von der Deutschen Volkspartei nach dem Löwen einberufenen Versammlung vor zahlreichen Zuhörern aus allen Kreisen der Bevölkerung Herr Kaufm. Friscke, Dresden. Seine mit meisterhaftem Vortrag gepaarten Ausführungen waren eine einzige Anklage gegen die Träger der Revolution und die jetzigen Machthaber. Die Bilanz der Revolution vom 9. Nov. 1918 zeige ein Passivsaldo, wie man es schlimmer für unser deutsches Volk nicht denken könne. Die Revolution wolle Deutschland angeblich aus dem Zusammenbruch des zerstörten, fluchwürdigen alten Systems retten, unter dem Deutschland wahrlich groß und stark geworden sei, aber in kaum einem Jahre habe das erlebte neue System gezeigt, daß es unfähig sei zu regieren. Durch den angenommenen Friedensvertrag sind wir rettungslos der Knechtschaft verfallen, müssen wir als Sklaven für die Entente fronen, bis der letzte Heller bezahlt ist. Unsere armen Kriegsgefangenen schmachten noch immer in der Sklavenkette eines übermütigen fremden Siegers. Während ringsum der Paß an dem deutschen Staate emporlodert, bietet die Regierung selbst mit ihrer Suche nach dem Schuldigen ein trauriges Bild. Mit dem Untersuchungsausschuß wolle man die Schuld auf das alte System abwälzen, wolle man für die bis zum Frühjahr hinausgeschobenen Reichstagswahlen eine günstige Wahlparole schaffen. Die großen Hoffnungen, die man an Sozialismus und Sozialisierung knüpfte, seien von den jetzigen Machthabern bereits zu Grabe getragen worden, da es sich als ein Zukunftgebäude erwiesen habe, das nicht bewohnbar sei. Der Redner hielt dann eine scharfe Abrechnung mit Erzberger als dem Totengräber der deutschen Wirtschaft, glaubte ein Beruhigungspulver für die angeblich von rechts drohende Gegenrevolution verabreichen zu müssen und schloß mit der Hoffnung, daß mit den Frühlingswinden das morsche Kartenhaus zusammenstürzen und über schwarz-rot-gold das alte schwarz-weiß-rot triumphieren möge. — In der sich anschließenden Aussprache erklärte sich zunächst Herr Parteisekretär Bombach mit dem Referenten dahin einig, daß uns um die Lage, in der wir uns jetzt befinden, kein Sterblicher beneide. Das war aber auch die einzige Zustimmung; denn in seiner weiteren Rede verteidigte er Herrn Erzberger (der trotzdem nicht sein Mann sei) und schob alle Schuld an der gegenwärtigen Lage den Deutschnationalen und ihrem Anhang zu. Die nächsten Wahlen würden die Demokraten fest zusammenschließen und die Arbeiter gerufen finden. — Herr Referent Dr. Förster trat der vom Referenten beliebten Nichtberührung der Regierung entgegen. „Das Vaterland über die Partei“ müsse Leitmotiv aller sein und nicht nur im Munde geführt werden. Nicht durch Ablehnung und Verneinung, sondern nur durch gemeinsame tatkräftige Arbeit könne das deutsche Vaterland wieder emporgeführt werden. — Herr Schumann vermüßte in dem Referate vor allem die Vorschläge, wie es anders und besser hätte gemacht werden sollen und eine klare Stellungnahme zur Dynastiefrage. — Der Referent ging im Schlußworte näher darauf ein und erntete von seinen Anhängern, wie die Debatterende von den ihren, reichen Beifall. Herr Stadtrat Dr. Kronfeld als Leiter der Versammlung begrüßte eingangs die Erzherrinnen und schloß am Ende mit Dankesworten an den Referenten die Versammlung. Gg.

— **Auf die am heutigen Abend im Gasthof zum „Weißen Adler“ stattfindende öffentliche Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei für Dresden und Umgegend sei auch an dieser Stelle noch einmal hingewiesen.**

— **Eine Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums betr. Aufhebung der Bekannmachung über Beschlagnahme und Bestandserhebung von Seidengarnen** ist in Nr. 265 der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht.

— **Schwere Kohlennot.** Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt: Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahn an Dienstlohe zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum für 3 Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur

noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen. Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Um dieser Gefahr zu begegnen, werden in den nächsten Tagen die Eisenbahnen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebensmittelwichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, die Großeisenindustrie und der Hausbrand werden stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahme nicht ausbleiben. Sie sämtlich zu vermeiden, ist aber nicht mehr möglich.

— **Postverkehr mit Kriegsgefangenen in Rumänien.** Der Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen teilt uns mit: Der erste der vier Lazarettzüge, die zur Abholung unserer Gefangenen aus Rumänien bestimmt sind, geht voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche ab. Die anderen werden in Abständen von fünf bis acht Tagen folgen. Den Angehörigen ist Gelegenheit geboten, auf diesem Wege schriftliche Mitteilungen an die Gefangenen in Rumänien gelangen zu lassen. Für die Briefe sind zwei Umschläge zu benutzen. Der äußere muß die Aufschrift tragen: An die Militär-Kranken-Verteilung, Berlin S. W. 11, Prinz-Albrecht-Straße 3, für den Lazarettzug nach Rumänien. Der innere muß Namen und Adresse des Kriegsgefangenen tragen und darf nicht verschlossen werden.

— **Die Frau im Staatsdienste.** Als erste akademisch gebildete Frau ist, wie die „Dr. M.“ melden, im sächsischen Ministerium Fräulein Dr. phil. Harnisch, die Tochter des Justizministers Dr. Harnisch, angestellt worden.

— **Der sozialdemokratische Lehrer Arzt aus Dresden, welcher zurzeit Sachsen bereist, um für die weltliche Schule und den Moralunterricht zu agitieren, ist am 4. November d. J. mit seinen beiden Töchtern aus der ev.-luth. Landeskirche ausgestiegen. In seinen neuesten Reden und Vorträgen fordert er selbst zum Kirchenaustritt auf.**

— **Dresden.** In unserer Stadt traten am Montag die starken Einschränkungen in der Beleuchtung der Straßen und Plätze usw. ein, soweit sie nicht schon bisher durchgeführt worden sind. Die Läden dürfen ihre Fenster nur bis 6 Uhr beleuchten, so daß damit fastlich der Sechsstunden-Ladenschluß eingeführt wird. Die Straßenbahn stellt ihren gesamten Betrieb 1/2 11 Uhr ein. Die Gaswirtschaften usw. dürfen Beleuchtung nur bis 10 Uhr abends aufrecht erhalten.

— **Dresden.** Erhebliche Posten unversteuerten, nach außerhalb verschobener und zu Wucherpreisen verkaufter Zigaretten führten seitens der Dresdener Kriminalpolizei zur Aufdeckung größerer Diebstähle in der Zigarettenfabrik Penidje. Es sind mehr als ein Duzend Festnahmen erfolgt, doch wurde ein Teil der Verhafteten inzwischen wieder entlassen. Soweit sich bereits übersehen läßt, kommen 11 Maschinenführer und mehrere Arbeiterinnen in Frage, auch Mitglieder des Arbeiterausschusses sind dabei beteiligt.

— **Neustadt a. d. Orla.** Anfang August wurde in einem Walde bei Neustadt an der Orla der Waldaufseher Hartmann ermordet. Um dieses Verbrechen aufzuklären, wurde auch der vom Gendarmeriewachmeister Keißig in Rabendahl geführte Polizeihund an den Tatort beordert. Der Hund nahm Witterung und verbellte zwei Arbeiter, die aber den Mord leugneten. Jetzt haben sie vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt.

**Die letzte Schlacht.**

Ein offener Brief an die Entgegnung des Herrn Dr. Kuerbach.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich las gestern einen Angriff der „Freiheit“ und der „Deutschen Tageszeitung“ auf eine bestehende Regierungseinrichtung. Der dabei gewählte Ton entbehrte zwar jeder Sachlichkeit, dafür wurde aber an demagogischer Verdrehung und unfähigstem Schimpfen das Menschenmögliche geleistet. Und heute sehe ich Ihre „Entgegnung“ im Wilsdruffer Tageblatt!

Ich verzichte darauf, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, werde also sachlich bleiben. Zunächst möchte ich bemerken, daß Ihre „Entgegnung“ keine Entgegnung ist. Sie ist lediglich ein Aneinanderreihen von Schlagworten, die zum Teil fast wörtlich aus Leitartikeln rechtsstehender Zeitungen entnommen, Ihr einseitiges und nicht gerade tiefes Eindringen in die Materie beweisen. Aus eigenem geben Sie lediglich persönliche Schimpfworte dazu, um das Niveau des Ganzen noch zu senken. Man vermüßt aber einen auch nur schwächlichen Versuch, auf Sachliches einzugehen und mich sachlich zu widerlegen. Dafür wäre ich Ihnen dankbar gewesen.

Die Beurteilung des Zusammenbruchs vom Standpunkte des Feldsoldaten sei einseitig, behauptete Sie. Ja, den Standpunkt des annerionslüsternen Heimkriegers lernen zu lernen, bin ich allerdings nicht in die Lage gekommen... Aber ganz abgesehen, daß meine diesbezügliche Auffassung durch eingehendes Studium amtlicher Akten, (ich möchte Ihnen das Gleiche empfehlen!) ergänzt worden ist, muß ich darauf hinweisen, daß man auf die Aussage eines Augenzeugen wohl mehr Wert zu legen hat, als auf die Angabe der seinerzeit führenden Männer, die ein persönliches Interesse daran haben, daß das Ergebnis möglichst dem von ihnen gewollten entspricht. Wenn Sie mir das „Unparteiische“ bestreiten, so frage ich Sie, was in aller Welt mich bewegen sollte, ein durch eine Person (den General L.) verkörpertes System anzugreifen, ein System, das mir nach meiner Erziehung und meinem Range als Offizier sehr nahe stand, wenn ich nicht tatsächlich die Ueberzeugung erlangt hätte, daß dieses System den größten Teil der Schuld an unserem furchtbaren Zusammenbruche trägt! Oder wollen Sie mir gar den guten Glauben absprechen? Trotz des Tons der „Entgegnung“ möchte ich das denn doch nicht annehmen.

Daß unabhängig-bolschewistische Kreise mit russischem Gelde Heer und Heimat zu unterhalten versuchten, weiß ich sehr wohl. Ist es aber nicht gerade eine Schwäche und Unfähigkeit der damaligen Führer, daß diese Mächte überhaupt in Deutschland solchen Einfluß erlangen konnten? Und müßte die O.H.L., wenn sie solche Mächenschaften



nicht unterdrücken konnte, nicht umso schneller zum Frieden kommen? Diese Wählerereien sind in ihrer Auswirkung aber nur sekundär, sie gelangten erst zur Macht, als infolge der Unmöglichkeit des Erfasses an Menschen und Material die Front zusammenbrach, und eine andere Gewalt, die die auseinanderstrebenden Kräfte hätte sammeln können, nicht vorhanden war. Man lese doch z. B. „Ludendorffs Erinnerungen“, ich bitte Sie Seite 242 aufzuschlagen, wo Ludendorff schon 1916 die trostlose militärische Lage beleuchtet. Und gerade die Erörterungen des Untersuchungsausschusses ergeben immer mehr, daß alle, die einen Einblick in die Lage hatten, Zimmermann, Helfferich, Bethmann, von der Unmöglichkeit, den Krieg zu gewinnen, überzeugt waren und so zu einem letzten, verzweifelten Mittel, dem U-Bootkrieg greifen und raten mußten. Der Gedanke an einen allerdings opferreichen, aber schnellen, Hunderttausende von Menschenleben rettenden Frieden lag ihnen fern.

Daß man das eigene Nest beschmutzt, wenn man zur Ueberzeugung gelangt, daß eben ein bestimmtes System die Schuld am Zusammenbruch trägt, leuchtet mir nicht ganz ein. Wie viel mehr beschmutzen es dann die, die behaupten, die Heimat habe das Heer von hinten „erdolcht!“ Zu letzterem ein paar Worte, die einer der ehrwürdigsten und mit anständigen Waffen kämpfender Führer der Deutschnationalen, Graf Posadowsky, vor ein paar Tagen auf eine Rundfrage der „Deutschen Tageszeitung“ erwidert: „Es wäre eine Uebertreibung zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei. Die Ursache hiervon liegt in der seelischen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines 4 1/2-jährigen Krieges, der uns überanstrengt und unsere Widerstandsfähigkeit geschwächt hat.“

Jawohl, Herr Dr. Auerbach: „man muß sie hören alle beide!“ Sie aber hören und wollen nur die eine hören! Ich habe Ihnen geantwortet, da mir die Sache über der Person steht. Für sachliche Ausführungen bin ich stets zu haben, das Persönliche, das gehässige Persönliche, das in Ihren Ausführungen liegt, lehne ich entschieden ab.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr trotz alledem erg. Förster, Referendar.

NB. Wir schließen hiermit die Debatte in dieser Angelegenheit.  
Die Schriftleitung.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schunk in Wilsdruff.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Schunk, beide in Wilsdruff.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Selma Mertens geb. Opitz

nach kurzem Krankenlager am 16. November sanft entschlafen ist.

Grumbach, Menden i. W., Klipphausen u. Kesselsdorf,  
am 19. November 1919.

In tiefem Schmerz  
Familie Hermann Opitz nebst Angehörigen.

Leicht sei ihr die Erde!

897

Hierdurch die tieftraurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, der treu-  
forgende Vater meiner Kinder, Herr

## Privatus Friedrich Oskar Kühne

am Bußtag mittag im 69. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Freitag Böhlen, am 19. November 1919.

In tiefstem Schmerz  
Frau Lina Kühne geb. Rippe  
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Abschiedsrede findet Sonnabend den 22. November um 2 Uhr im  
Trauerhause, die Beerdigung um 3 Uhr auf dem Friedhofe in Kesselsdorf statt.

895

Für die uns aus Anlaß der goldenen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken wir

nur hierdurch herzlichst.

Wilsdruff, am 16. Nov. 1919.

Karl Leuschner u. Frau.



## Liedertafel.

Freitag den 21. November 1919

## Theaterabend mit Ball

Anfang pünktlich  
1/6 Uhr.

im Gasthof zum „Goldenen Löwen“.

Jugendverein „Eintracht“  
Steinbach b. Kesselsdorf.

Sonnabend den 22. November

## BALL.

Anfang 8 Uhr.

Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

## 1—2 besser möblierte Zimmer

in Verkehrslage für Geschäftszwecke tagsüber 2 Tage in der Woche gesucht.

Gest. Angebote unter 896 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

## Grumbach. Lebensmittelverteilung.

Freitag den 21. November 1919 vormittags von 9 bis 12 Uhr auf hiesiger Freibank Rindfleisch in rohem Zustande 1/4 Pfund auf den Kopf zum Preise von 50 Pfennigen, für die Grundstücke 56 bis 151 und 1 bis 16.

Grumbach, am 20. November 1919.

Der Gemeindevorstand.

## Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch

Rossschlächterei und Pferdegeschäft

Potschappel, „Goldener Löwe“

Fernsprecher Amt Dauben 735

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme, die uns bei dem Hinscheiden und Begräbnisse unserer lieben, treuforgenden Mutter, Schwieger- und Großmutter

## Frau Pauline Theresie verm. Schubert

durch Besuche in den Tagen der Krankheit, durch Wort und Schrift, Begleitung zur letzten Ruhestätte und überreichen Blumenschmuck erwiesen worden sind, sagen wir nur hierdurch

unsern herzlichsten Dank.

Unkersdorf, am 17. November 1919.

Die trauernden Hinterlassenen.

892

## Kriegsbeschädigte.

Sonnabend den 22. November 1919 abends 8 Uhr

## Monatsversammlung

im Vereinslokal.

913

## Bökelrindfleisch

markenfrei, empfiehlt  
Dowin Johue,  
Dresdner Straße.

## Küchenmädchen

15 bis 17 Jahre alt, zum sofortigen Antritt gesucht.

Fremdenhof  
Stadt Dresden,  
Dippoldiswalde.

901

In Grumbach Nr. 12b I. Etg. (Villa Armer) sind noch einige Möbelstücke, darunter 1 moderne Garnitur mit Tisch, 2 verschiedene Bettstellen, 1 runder Ausziehtisch, 1 eiserne Truhe, 1 Sekretär, 1 Kleiderschrank und etwas Leibwäsche

## zu verkaufen

nur in der Zeit von 12—6 Uhr.

## Bökelrindfleisch

markenfrei, empfiehlt  
Richard Bretschneider.

## Sonnenrosenkörner

Ein ehrliches, ordentliches

mit Familienanschluß wird für 1. Januar 1920 gesucht.  
Kesselsdorf Nr. 22.

908

## Jede Arbeit

tags- oder stundenweise nimmt an Matthes, am unteren Bach 255.

In allen Rassen selbstversichert.

906

# Handwerker Gewerbetreibende Kaufleute und alle Interessenten

kommt heute Donnerstag zum Vortrag der Deutschen Demokratischen Partei um 8 Uhr nach dem „Adler“!

## Spar-, Kredit- und Bezugsverein Sachsdorf b. Wilsdruff, e. G. m. u. S.

Sonntag den 30. November 1919  
nachmittags 3 Uhr

## Außerordentl. Generalversammlung

im Gasthof zu Sachsdorf.

Tagesordnung: Abänderung von § 23 der Satzung.

Theodor Hillig. Hugo Lorenz.

## Kurt Siering, Potschappel

Rossschlächterei, Spisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Dauben Nr. 2151  
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

904

## Julius Arnold

Lederhandlung  
Potschappel

kauft sämtliche rohen  
Häute u. Felle

zu den höchsten Preisen.

Desgleichen werden sämtliche Häute und Felle in jeder gewünschten Weise im Lohn gezerbt.

## Hafer

und  
Stroh

kauft zu höchsten Preisen

## Louis Kühne,

Hofmühle,  
Fernsprecher 42.

## Rohe Häute

und Felle

jeder Art kauft

Lederfabrik F. G. Sobre,  
Deuben Bez. Dresden.

## Kleine Anzeigen

aller Art finden in dem

Wilsdruffer Tageblatt große zweckentsprechende Verbreitung und haben gute Wirkung.

903